

72 -
Dienstag, 26. Oktober 1993

FWG kritisiert Olligs „leere Versprechungen“

rok. NACKENHEIM — Als „Volksverdummung“ hat der Nackenheimer FWG-Vorsitzende Günther Zerbe die Anliegerversammlung „Haferwiese“ sowie die Berichterstattung darüber (AZ vom 18. Oktober) bezeichnet. Bei der FWG seien danach „unzählige Anrufe eingegangen“. Die besorgten Frager hätten Angst, daß sie ihre Gärten nun allgemein zugänglich machen müßten.

Bürgermeister Ollig habe sich jedoch nur wieder interessant machen wollen, aber außer leeren Versprechungen sei nichts übriggeblieben, kritisierte Zerbe. Er wirft dem Ortschef „haarigste Unwahrheiten“ vor, die er dann auch noch „zur eigenen Glorifizierung“ über die Presse verbreiten lasse.

„Im vorliegenden Fall habe ich eine Befragung der Anlieger durchgeführt, ob sie eine Bebauungsplanänderung befürworten, in zweiter Reihe bauen zu dürfen, oder ob sie den rückwärtigen, bahnseitigen Teil ihrer vor 25 Jahren zu lang geratenen Grundstücke als Gartengelände ausgewiesen haben möchten.“ Weil dort ohnehin ein Bebauungsverbot bestehe, hätten damals alle für Garten und Freizeit gestimmt. Eine Zuwegung sei zu diesen Gärten nicht möglich, eine Bebauung somit fast ausgeschlossen.

„Dieser Wille der Nachbarn wurde von mir als Antrag an die Gemeinde gestellt“, rückte Zerbe die Dinge aus seiner Sicht zurecht. Hinzu komme, daß diese überlangen, nicht zur Bebauung zugelassenen Gärten bei den wiederkehrenden Beiträgen, bei denen für Straßenbaumaßnahmen nach Quadratmeterzahl des Grundstücks abgerechnet wird, so behandelt werden, als seien sie ganzflächig zweigeschossig bebaut. „Und damit ist die Abrechnung dieser Anwohner mit 1 300 bis 1 500 Mark jährlich etwa zwanzigmal so hoch wie für Anwohner ausgebauter Straßen, die nur zwischen 65 und 120 Mark bezahlen müssen“, rechnet Zerbe vor.

Aus diesem Grund habe die FWG im Rat den Antrag gestellt, die ohnehin nicht bebaubaren Flächen per Bebauungsplanänderung so zu regeln, wie sie genutzt werden können, „nämlich als Gartengelände“.